

Grußwort für das Land Nordrhein-Westfalen

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

In Vertretung unseres Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers überbringe ich Ihnen die herzlichen Grüße der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Sie haben den diesjährigen Steinkohlentag unter das Motto gestellt: „Globalisierung braucht Sicherheit!“ Die für uns aus der Globalisierung erwachsenen Herausforderungen in vielen Bereichen lassen sich nur erfolgreich lösen, wenn wir ihnen im nationalen Rahmen angemessen und verantwortlich und zügig begegnen.

Bei der Energie- und Klimaschutzpolitik ist die Aufgabenstellung besonders schwierig. Wir müssen die Chancen und Risiken der Globalisierung sowie das weltweite Problem der Klimaveränderung mit nationalen Notwendigkeiten, Interessen und Möglichkeiten verantwortlich abwägen. Die hieraus resultierenden nationalen Umsetzungsmaßnahmen sollten wir, soweit nötig, mit unseren Nachbarn und Partnern abstimmen. Zudem ist die Position der Europäischen Union zu berücksichtigen. Klar ist aber auch, dass wir alles, was aus unserer Sicht notwendig ist, für die Menschen, für die Betroffenen offen und transparent erläutern und begründen müssen. Die technisch brillantesten und politisch sinnvollsten Erneuerungen und Veränderungen können nur gelingen, wenn wir die Menschen mitnehmen, sie von der Notwendigkeit verschiedener Maßnahmen überzeugen. Der Fall „Kohlekraftwerk Datteln“ zeigt die ganze Brisanz.

Die Energiepolitik der Landesregierung ist auf eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung ausgerichtet. Dazu ist ein breiter Energiemix unter Einschluss der Braunkohle und der Drittlandssteinkohle auf Dauer erforderlich. Der Beitrag der subventionierten heimischen Steinkohle läuft – wie vertraglich zwischen allen Beteiligten beschlossen – bis zum Jahr 2018 sozialverträglich aus. Wir halten uns an diese Vereinbarung. Wir wissen, dass wir keinem anderen Wirtschaftszweig, keinem anderen Arbeitsplatz diese Art sichere Perspektive für einen solchen Zeitraum anbieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, die Landesregierung – noch mal – hält sich an die im Jahr 2007 getroffenen Vereinbarungen. Auch die neue Bundesregierung hat dies für sich bekräftigt.

Im Frühjahr 2008 hat die Landesregierung mit der Energie- und Klimaschutzstrategie ein Konzept vorgestellt, mit dem nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit Reduktion von CO₂-Emissionen verbunden wird. Nordrhein-Westfalen wird mit der Energie- und Klimaschutzstrategie den Verbrauch von Energie reduzieren, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung steigern, die Effizienz in der Verstromung

fossiler Energieträger erhöhen, die dafür notwendigen Technologien erforschen, entwickeln und in den Markt einführen und schließlich den internationalen Energietechnologietransfer vorantreiben.

Konkret haben wir uns vorgenommen, den CO₂-Ausstoß schrittweise zu verringern mit dem Ziel, dass die jährlichen CO₂-Emissionen ab dem Jahr 2020 um rund 30 % unter denen des Jahres 2005 liegen. Wir wollen dieses ehrgeizige Klimaschutzziel erreichen, gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erhalten und übergroße Belastungen für den privaten Sektor vermeiden. Die wesentlichen Maßnahmen sind deshalb nicht überraschend: Energiesparmaßnahmen in allen Bereichen, neue Erzeugungsoptionen in den Bereichen erneuerbarer Energien, Ausbau der Kraftwärmekopplung und die CO₂-Abscheidung als eine Option. Für mich persönlich füge ich auch ganz deutlich hinzu: Mir würde eine Verwendung von CO₂ und all das, was man sich dazu noch einfallen lassen kann, eher behagen. Und wir werden wahrscheinlich den Umbau von Infrastrukturen in erheblichem Umfang brauchen. Der klimafreundliche Umbau unserer Energieversorgung



kann aber nur gelingen, wenn insbesondere die erneuerbaren Energien die Schwelle der Wirtschaftlichkeit überschreiten und neu entwickelte Technologien sich in überschaubaren Zeiträumen rechnen.

Dies liegt auch im Interesse der Unternehmen, denn auf dem Weltmarkt kann langfristig nur verkauft werden, was sich auch zumindest im Vergleich wirtschaftlich beziehungsweise wirtschaftlicher herstellen lässt. Zur Sicherheit unserer Energieversorgung ist der Neubau von effizienten Kohlekraftwerken unverzichtbar. Auf diese Tatsache hat die dena jüngst wieder eindringlich hingewiesen. Sie hat ambitionierte Rahmendaten zu Grunde gelegt. So unterstellt sie etwa einen Anteil erneuerbarer Energien von 33 % an der Stromerzeugung für das Jahr 2020. Dennoch kommt die dena zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2020 hoch effiziente Kohle- und Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 10 000 bis 15 000 MW zur Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung fehlen. Daher sind, ohne dass ich hier Urteilsschelte betreiben will, die Signale, die vom Fall Datteln für die energiepolitische Diskussion ausgehen, fatal. Die Landesregierung wird auf der Ebene der Landesplanung alles tun, um rechtssichere Rahmenbedingungen für das Kraftwerk Datteln und für weitere Kraftwerksprojekte im Land zu gewährleisten. Wir arbeiten daher an einer vorgezogenen Neufassung des Energiekapitels des Landesentwicklungsplans.

Die Reaktionen auf das OVG-Urteil zum Kraftwerk Datteln zeigen aber auch, dass Unternehmen und Politik noch Aufklärungsarbeit leisten müssen. Der Einsatz von Steinkohle in hoch effizienten Anlagen und die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verdrängen sich ja nicht. Beides gehört zu einer sicheren und umweltfreundlichen Energieerzeugung.

Für die Versorgung auch neuer Kohlekraftwerke sehe ich übrigens keine gravierenden Probleme auf dem internationalen Kohlenmarkt. Steinkohle kann aus zahlreichen politisch stabilen Ländern bezogen werden. Der Weltkohlenmarkt hat sich sowohl im wirtschaftlichen Boom- als auch in Krisenzeiten als äußerst flexibel erwiesen. Er ist ein robustes Element der Versorgungssicherheit. Bereits seit vielen Jahren geht die heimische Steinkohlenförderung in Deutschland deutlich zurück. Der Anteil der Importsteinkohle auf dem deutschen Steinkohlenmarkt liegt bereits jetzt bei über 70 %. Übrigens schon seit dem Jahr 2001 liegt der Anteil der Importkohle an der verstromten Steinkohle deutlich über 50 %. Der derzeitige Preis für Dreimonatskontrakte für Kesselkohle frei Amsterdam beträgt 60 €. Über Versorgungsengpässe ist mir nichts bekannt geworden. Ich bin mir sicher, dass der vereinbarte vollständige Wegfall der heimischen Kohle bis zum Jahr 2018 nicht zu Versorgungsrisiken führen wird.

Für den klimaverträglichen Einsatz von Kohle in Kraftwerken zeichnet sich eine technologische Lösung ab. Die unter dem Synonym CCS-Technologie entwickelten Verfahrensschritte können einen Weg weisen, aber trotzdem beurteile ich das sehr vorsichtig. Die neue Bundesregierung hat trotz allem zugesagt, alsbald ein zweckmäßiges deutsches Kohlendioxid-Speichergesetz auf den Weg zu bringen.

Der Bau, insbesondere von Kohlekraftwerken, stößt jedoch auf teilweise erbitterten Widerstand in der Bevölkerung. Auch der CCS-Technik und ihren Komponenten schlagen Skepsis und Ablehnung entgegen.

Viele gute Gründe sprechen jedoch nach meiner Sicht für den Neubau hoch effizienter Kraftwerke auf fossiler Basis, insbesondere von Braun- und Steinkohle.

Die dargestellten Zusammenhänge und Chancen sind nach meinem Eindruck in der Öffentlichkeit zu wenig transparent und bekannt. Daran gilt es zu arbeiten. Unsere Gesellschaft darf und kann sich – im Industrieland Nordrhein-Westfalen schon gar nicht – diese Investitionsblockaden leisten. Wir alle – Politik, Unternehmen, Gewerkschaften – sind aufgerufen, Verständnis in der Bevölkerung für Energie- und Industrieprojekte zu wecken, dort wo sie verloren gegangen sind. Die Landesregierung wird in sehr überschaubarer Zeit ein industrielles Leitbild in unserer Allianz für Wirtschaft, Industrie und Nachhaltigkeit zusammen mit Unternehmen und Gewerkschaften formulieren, um eine breit angelegte Kampagne zusätzlich in die Öffentlichkeit zu tragen, damit wir Zukunftschancen nicht verpassen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Umsetzung ist die Forschung und Entwicklung von neuen Energietechnologien. Wir arbeiten hier eng mit der Bundesregierung zusammen, bringen die Stärken und Kompetenzen nordrhein-westfälischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit ein. Beispielhaft möchte ich die Entwicklung der so genannten 700°C-Technologie für Kraftwerke nennen, mit der eine Wirkungsgradsteigerung auf 50 % und eine CO₂-Einsparung von 25 % möglich ist. Unsere Stromerzeugung wird dezentraler werden. Das stimmt. Aber für unseren Industriestandort werden wir auch weiter Kraftwerke im Grundlastbereich, im Mittellastbereich brauchen – aus wirtschaftlichen, aber auch aus umweltpolitischen Gründen.

Hier, an der Ruhr, gibt es für Zukunftsperspektiven in der Energieversorgung viele, viele Ansatzpunkte: die Elektro-Mobilität, die Entwicklung der Batterie-technik. Wir verfügen über sehr, sehr viele Kenntnisse, aus denen sich neue Versorgungsmärkte entwickeln lassen. Ich bin sicher, wir werden das Energieland mit modernster Technologie bleiben, auch wenn wir uns in einem zumutbaren Tempo aus der heimischen Steinkohle tatsächlich verabschieden.

Ich wünsche Ihnen heute gute Gespräche und gehen Sie davon aus, die Landesregierung hält sich an getroffene Vereinbarungen.